

Bezugpreis:
Wochenblatt 1,75 RM. monatlich 5,25 RM.
für das Ausland 6,50 RM.
für das übrige Ausland 4,50 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtzehnstellige Standardzeile
kostet 40 Pf.
2 fettgedruckte Zeilen, jedes weitere
Wort 10 Pf.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 15. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Brodorf-Rankan über die auswärtige Politik.

Weimar, 14. Februar.

Der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten, Graf von Brodorf-Rankan, hielt heute seine Programmrede über die künftige Außenpolitik der Deutschen Republik.

Wir lösen uns nicht die Drohung mit neuer Waffengewalt im Waffenstillstandsvertrag Bedingungen aufzwingen, die im Friedensvertrag unparteiisch und gerecht geregelt werden sollten.

In seinen Vorlesungen sprach Graf Rankan Worte, die weit über seine Amtszeit hinaus bestehen werden: „Eine Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar bequem, aber meist schlecht und unfruchtbar.“

Von diesem Grundgedanken aus entwarf der Außenminister der Deutschen Republik ein großzügiges Programm des internationalen Arbeiterschutzes und der internationalen Emanzipation der Arbeit von Ausbeutung und Unterdrückung.

Graf Rankan stand gestern zum erstenmal vor einem Parlament; seine Befangenheit störte die unmittelbare Wirkung seiner sonst trefflichen Rede.

Einige vielstimmige Worte des alten Grafen Borsdorff für das verflorenen Preußen regte niemanden auf.

Es hatte keiner von dem alten preussischen Bürokraten erwartet, daß er noch unlernt und die üblichen deutschnationalen Provokationen vermied er kluglich.

Die Sitzung zog sich bis in die achte Abendstunde hin. Die Präsidentenwahl — Fehrenbach Präsident, Heinrich Schulz Vizepräsident — hatte zu Beginn zwei Stunden in Anspruch genommen, da die Unabhängigen, trotzdem das Ergebnis von vornherein feststand, auf zweimaligem Namensaufruf bestand.

Die Sitzung.

7. Sitzung: Freitag, 14. Februar 1919, nachmittags 2 Uhr.

Die Neuwahl des Präsidenten.

Unter Leitung des Vizepräsidenten Dauthmann wird die Wahl eines neuen Präsidenten der Nationalversammlung für den zurückgetretenen Dr. Dautz vollzogen.

Präsident Fehrenbach nimmt die Wahl mit Worten des Dankes an und scheidet sofort ab.

Neuwahl eines Vizepräsidenten.

Gewählt wird mit 279 Stimmen (83 Zettel sind weils) Heinrich Schulz (Soz.). Er nimmt die Wahl an.

Besprechung der Regierungserklärung.

Reichsminister des Auswärtigen Graf v. Brodorf-Rankan: Die Erbkrankheit, die das zusammengebrochene alte System der neuen Regierung hinterlassen hat, ist eine Konkrete Masse, und doch weiß ich, daß ich vor der Geschichte verantwortungsbewusst gemacht werde.

lassen würde. Leider hat Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt, sondern ihnen nur die Möglichkeit gegeben, durch wiederholtes Droben mit Erneuerung der Feindseligkeiten weitere Zugewinne von uns zu erlangen.

Wie es von beiden Seiten anerkannt ist, nicht abdrängen lassen. Dazu gehört in erster Linie bindende Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit und der Verzicht auf eine Rüstung, die es erlauben würde, einen Nachbarn mit Machtmitteln zu überfallen.

renzen in diesen beiden grundlegenden Fragen eingenommen hat, eine historische Schuld in sich schloß (Zuruf: Leider!), für die unser ganzes Volk jetzt büßen muß.

solche Arbeit verrichten läßt und etwa den Kriegszustand deshalb verlängert, um einen völkerrechtlichen Vorwand für diese Fronarbeit zu haben.

Allerdings müssen auch wir auf dem Gebiet der Handelspolitik unlernen. Wir haben uns nicht immer von der Wahrheit leiten lassen, daß auch in den Beziehungen der Völker der Satz gilt: Wenn du nehmen willst, so gib!

Die Freiheit des Handels aber heißt Freiheit der Meere voraus.

Dabei kommt es uns weniger auf die Regeln des Seerechts an. Wir wollen jetzt nicht von neuen Kriegen reden — als vielmehr auf friedliche Benutzung der Straßen der See und ihrer Ästen und Ästen.

Die künftige Außenpolitik soll menschenwürdige Behandlung der Eingeborenen unter allen Umständen gewährleisten. In dieser Richtung sind — wir müssen es bekennen — auch von uns Fehler begangen. Im Zusammenhang hiermit stimmen wir dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich

alle Kolonialmächte ihr unterwerfen, und als Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält. (Sehr richtig!)

Auf der anderen Seite müssen wir gefast sein, von dem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren. Das gilt vor allem von Elsass-Lothringen, dessen Wälder und die Frucht unserer Elbe und das Symbol deutscher Einheit war. Sie wissen, daß Präsident Wilson die Forderung aufgestellt hat: das Unrecht, das Deutschland 1871 durch Annexion Elsass-Lothringens begangen hätte, sollte wieder gutgemacht werden. Vom Standpunkt der neuen internationalen Moral, nach der Bevölkerungen im Spiel der Mächte nicht wie Schachfiguren verschoben werden dürfen, war es unrecht, über Elsass und Lothringen ohne ihren Willen, ja ohne Beachtung der Sprachgrenzen zu verfügen. (Lebhaft Zustimmung.) Ich will hier nicht auf früheres Unrecht hinweisen, das dem deutschen Volk zugefügt wurde. Ich akzeptiere Wilsons Standpunkt, weil es auf das

#### Recht der gegenwärtigen Bevölkerung Elsass-Lothringens

ankommt. Diesem Recht wird Gewalt angetan. Wenn jetzt die französische Okkupationsmacht das Land wie ein endgültig erobertes behandelt und alle Elemente verreibt oder gefangen hält, in denen sie ein Hindernis gegen ihre imperialistischen Pläne sieht und wenn sie den natürlichen Anspruch eines Volkes auf seine Sprache durch gewalttätige Verweigerung antastet. (Lebhafteste Zustimmung.) Auch hat die Friedenskonferenz nicht ihr Elsass-Lothringens Schicksal bedrückt. Noch ist Elsass-Lothringen von Rechts wegen Reichsland. Darum leiten wir die Besatzung her, für der Elsass-Lothringens Recht einzutreten, daß ihre Stimme bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört wird. (Beifall.) Mögen die französischen Departements werden wollen oder deutscher Freiheit, mögen sie Autonomie vorgehen oder volle Selbstständigkeit: Deutschland wird nicht eher glauben, daß das neue Europa auf Gerechtigkeit gegründet ist, ehe nicht die feierliche Zustimmung des ganzen elsass-lothringischen Volkes den Friedensartikel bekräftigt, der die Zukunft des Landes feststellt!

Der französische Plan, das preussische Saargebiet oder die bayerische Pfalz an Elsass und Lothringen anzugliedern, bedeutet eine imperialistische Vergewaltigung, die genau so scharf verurteilt werden muß, wie frühere Absichten deutscher Chauvinisten auf das Becken von Longwy und Briey. (Sehr richtig!) Dem Franzosen kommt es dabei auf die Kohlenstraße des Saarbeckens wie damals den deutschen Imperialisten auf die Bodenschätze des Wälder-Beckens an. Sollten solche Gründe bei den Friedensverhandlungen durchschlagend sein, so lasse man jede Hoffnung auf Veredlung der internationalen Beziehungen fahren. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Preußen hat Frankreich an jeder Schwächung Deutschlands politisches Interesse, so lange beide große Nationen sich gegenseitig als Schicksalsgefährten betrachten und deshalb bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstehen. Die Friedenskonferenz wird die Aufgabe haben, Garantien zu schaffen, die einen solchen Zustand als sinnlos erscheinen lassen; nur Versuche man nicht, die Garantien darin zu finden, daß man Teile des Reichsgebietes losreißt, die zu seinen lebenswichtigsten Gliedern gehören. (Sehr richtig! und lebhafteste Zustimmung.) Sie wissen, welche Gedanken von Frankreich und Belgien her mit verächtlichem Eifer in rühmlichen und weislichen Ländern verbreitet werden: Errichtung einer selbständigen Republik, die bald unter französische Führung geraten würde, nachdem die französischen und belgischen Grenzen in deutsches Land vorgezogen worden wären. Mit großem Geschick machen sich diese Pläne zentrifugale Kräfte zunutze, die durch übermäßige Zentralisierung des ganzen Wirtschaftslebens in den Kriegsvorgangorganisationen der Reichshauptstadt und neuerdings durch gewisse Berliner Geleiterscheinungen der Umwälzung in unserem Westen ausgelöst wurden. (Sehr richtig!) So werden treue Deutsche und rühmliche Anhänger des Reichsgeheimnisses Opfer einer gefährlichen Verführung, vor der ich im Interesse deutscher Zukunft auf nachdrücklichste warnen muß. (Beifall.) Dieselbe Warnung darf ich auch an gewisse Kreise im Süden unseres Vaterlandes richten, bei denen der Ruf: Los von Berlin ein bis zu einem gewissen Grade zwar verständlich, aber darum nicht weniger bölligenswerter Echo findet. (Sehr richtig!) Was die Wiederherstellung der Mainlinie bei den Augenblicks vielheit Vorzeichen, die schon während des Krieges eine unerbittliche Propaganda unserer Feinde der Verdorren glaubhaft zu machen versuchte; auf die Dauer wird eine solche Trennung mit Sicherheit zum Untergang staatlicher und wirtschaftlicher Selbstständigkeit der getrennten Glieder führen. (Sehr wahr! und Zustimmung.) Das deutsche Volk ist über alle nationalen Grenzen,

auch über die Grenzen des alten Reiches hinaus, eine lebendige Einheit. Ein einziges Reich ist seine natürliche Lebensform. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Wir denken weder aus Schwere noch aus Niederländern Deutsche zu machen; von skandinavischen Völkern annähernd wir nur die Sagen ihrer Vorzeit und die Dichter ihrer Gegenwart. (Sehr gut!) Aber mit unseren überweltlichen Brüdern

hatten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reichs deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wir sahen mit ihnen in der Pauls-Kirche zusammen, um die kriegerische Auseinandersetzung, die statt der großdeutschen die kleindeutsche Idee verwirklichte, ist für die Völkern unter uns immer ein Bruderkrieg gewesen. Wenn wir uns jetzt wieder zusammenfinden, nachdem ihnen alle nichtdeutschen Stämme der habsburgischen Monarchie die Freundschaft gelündigt haben, so wissen wir, daß wir nur eine späte Korrektur an einem Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz die Sanftion ganz gewiß nicht verlagern wird. (Beifall und Zustimmung.) Schon sehr darf die deutsche Nationalversammlung und darf ich als Leiter deutscher auswärtiger Politik Verwahrung einlegen gegen die Unbill, die Deutschösterreich von ehemaligen Reichsgenossen angetan wird. (Sehr richtig!) Der neue tschechoslowakische Staat verleiht das Gesetz, dem er die Selbstentziehung verdankt, indem er nicht nur die Deutschen Böhmens und Mährens mit Waffengewalt unter seine Vormachtigkeit zu zwingen sucht, sondern auch nach Südböhen hin von Deutschen bewohntes Gebiet beansprucht. Selbst auf deutsches Reichsgebiet droht er Überzugreifen. Wegen solche Übergriffe muß scharfer Protest eingeleitet werden. (Lebhaft Zustimmung.) Ueber die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschechoslowakischen Staates, die aus der Abgeschlossenheit vom Meere herzuweisen sind, wird ruhig verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat am Gedulden des ausstrebenden Nachbarn ein gleich großes Interesse wie dieser an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit. (Sehr richtig!) Sind wir hier noch entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Nachstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Wir haben uns bereit erklärt,

alle ungewissheit polnisch besetzten Gebiete unseres Reichs mit dem polnischen Staat verbinden zu lassen.

Wir wollen das Versprechen halten. Welche Gebiete unter den 13. Punkt von Wilsons Programm fallen, ist strittig. Eine unparteiliche Instanz mag darüber entscheiden. Was sie entscheidet, gehören diese Gebiete zum Reich. (Zustimmung.) Niemand ist befugt, in ihnen Hoheitsrechte auszuüben, als der preussische Staat und die Reichsregierung. (Zustimmung.) Die leidenschaftliche nationalpolnische Propaganda hat die Entscheidung der Friedenskonferenz nicht abwarten wollen, sondern sich mit Gewalt gegen deutsche und preussische Behörden erhoben, um mit möglichst günstigem Weltstand in die Friedensverhandlungen einzutreten. So tragen sie die Schrecken des Krieges von neuem in den deutschen Osten, der gleichmäßig von der größeren Gefahr des bolschewistischen Imperialismus bedroht ist. So verhindern sie uns, die preussischen Ostprovinzen wirksam vor dem gemeinsamen Gegner zu schützen. Diese Taktiken müßten ausdrücken, um jedem Vorkriegsfall zu machen, daß es die erste Aufgabe ist, die preussischen Völkern zur Erhaltung zu rufen, damit sie bis zur Friedenskonferenz von angemaßter Gewalt Abstand nehmen. Sie können sich nicht mehr auf Nothwehr berufen, denn die neue deutsche Regierung hat die drückenden Sondergesetze aufgehoben und war bereit, Polen auch in der Beamtenauswahl entgegenzukommen. Trotzdem stellen die Polen uns als Ungerechtfertigte dar und die Entente unternimmt es, uns Anwendung von Gewalt gegen die Polen in unserem eigenen Land zu unterlagen. Die Reichsregierung hat diese Zumutung abgelehnt und die Entfernung aller fremden polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet gefordert. (Beifall.) Für jede andere Form der Einwirkung, mit der die alliierten und assoziierten Mächte Ruhe in polnischen Gebieten herstellen wollen, wird die deutsche Regierung volles Verhängnis haben. Wir sind durch das Waffenstillstandsabkommen verpflichtet, Abordnungen unserer Gegner zu diesem Zweck Durchzug von der Ostsee nach Kongresspolen zu gestatten und werden die Reise der Kommission, die sie uns angehängt haben, in jeder Weise erleichtern und unterstützen. Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Kommission sich, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vermisst, noch vor Beginn der Friedensverhandlung reinerer Luft des gegenseitigen Verständnisses weicht. Leider können wir nicht voraussehen, daß wir im polnischen Staat einen bequemen Nachbarn haben

werden. (Sehr richtig!) Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Schonung der nationalen Interessen und durch gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen Robustebündnis zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung des polnischen Rechts auf gestärkten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragmäßige Regelung der Reichs-Eisenbahn und durch Konzessionen auf dem Gebiete der Eisenbahnen und des Hafenwesens gelöst werden, ohne daß die Reichshoheit über unveräußerliches westpreussisches Gebiet angetastet zu werden braucht. — Was den deutsch-polnischen Streit in den deutschen Dänen billigt. Die deutsche Regierung faßt es als Pflicht auf, das

#### Selbstbestimmungsrecht den Dänen

zu gewähren, das sie für die Deutschen verlangt. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, koste ich, daß an unserer Nordgrenze ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung, in reichlichem Ausgleich langjähriger Völkernachwuchs auf richtiger, dauernder Völkerverständigung geführt wird. (Beifall.) Das deutsche Volk ist in dem Wunsch einig, mit dem dänischen Volk in guten, durch keinen heimlichen Brüll gestörten Beziehungen zu leben. Das dänische Volk wird gewiß in seiner Mehrheit dafür eintreten, daß Deutschlands Niederlage nicht mißbraucht wird, um deutsches Land dänisch zu machen. (Sehr richtig!) Die kommenden Friedensverhandlungen werden einen Gegenstand anfallen, der für sie charakteristisch ist. In allen Völkern, die am Kriege beteiligt waren, verlangen Millionen Herzen erstens Aufmerksamkeiten für eine

#### Internationale Regelung der sozialen Frage

Wie nach den Stürmen des Reformationszeitalters Friedensschlüsse unendlich waren ohne Bestimmungen über religiöse Freiheit, wie nach den Erschütterungen der französischen Revolution die Frage der politischen Freiheit die Friedenskonferenzen bewegte, so muß nach dem Weltkrieg die Völkernachwuchs die Frage der sozialen Befreiung der Arbeiterschaft international entscheiden werden. (Beifall.) Man kann diese Forderung schon auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Gleichberechtigung begründen. Dieses Prinzip will jedem Gliede der Völkergemeinschaft auf dem Weltmarkt gleiche Möglichkeiten eröffnen. Es würde zum Recht sozialer Gerechtigkeit und fortschrittlicher Nationen ausführen, wenn es den kühnsten menschlichen Arbeitervolk frei läge, den ungerechten Vorteilen ihrer niedrigen Produktionskosten zur Ausschaltung ihrer Wettbewerber abzugeben. (Lebhaft Zustimmung.) Aber das Ziel, das hier verfolgt wird, ist nicht nur materiell, es ist edlerer Natur, ihm liegt der Gedanke zugrunde, die allen Menschen gemeinsame Aufgabe, das Leben innerlich reicher und vollkommener zu gestalten und nicht inmitten pestiferer Abwärtstendenzen zu Maschinentellen des Produktionsprozesses herabzusinken. (Zustimmung.) Dieser Gedanke hat sich mit so elementarer Kraft Bahn gebrochen, daß Kreise, die ihm jetzt noch widerstehen, sich schließlich vor der Macht sozialer Kräfte beugen müssen. Ich denke dabei nicht an gewalttätige Entscheidungen, im Gegenteil sehe ich zum Beispiel in der Gewaltpolitik der russischen Völkernachwuchs einen Hauptgrund dafür, daß die sozialen Gedanken, die in ihrer Bewegung enthalten sind, zum Glanz statt zum Aufstiege führen. (Sehr richtig!) Es handelt sich um friedliche Verhandlung über den Weg, den die soziale Entwicklung nehmen soll. Gerade Deutschland läuft hier nicht die Gefahr einer gerätlichen Umgestaltung seiner Verhältnisse. Seit Jahrzehnten hat das Deutsche Reich auf jenem Wege, den alle gehen müssen, bedeutsame Fortschritte gemacht. Der Gedanke sozialer Befreiung ist nirgends mehr so stark als in Deutschland. Das legt uns die vornehmste Pflicht auf, Frieden nicht zu schließen ohne den Versuch, unser soziales Programm international zu sichern. Es war eine Verleugnung unseres sozialen Geistes, daß die Friedensverträge, die Deutschland mit den Ostmächten abschloß, rein kapitalistischen Charakter trugen. (Lebhaft Zustimmung links.) — Solche Verträge sind heute für jeden Staat eine Gefahr. Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei den Vorschlägen für die Friedensbestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung wesentlich auf den Boden der Beschäfte der bekannten Konferenzen in Leab und Bern zu stellen.

#### Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt

#### in dem von Wilson verkündeten Völkernachwuchs

eine feste Organisation schafft, die allein eine solche Zusammenarbeit ermöglicht. Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Bundes rücksichtslos mitzuarbeiten, obwohl die anderen uns nur mit tiefem Mißtrauen zulassen werden und der Bund in erster Linie gegründet wird, um Deutschland an der Fortsetzung einer kriegerischen Politik, die uns doch völlig fern liegt, zu hindern. Dieses Mißtrauen müssen wir durch Beweise aufrichtiger

## Kunstmazene.

Kunst obdelt. Selbst den Reichtum und seine Niehruher. Im wilhelminischen Deutschland hatten die großen Vermögen sich schließlich auch zu dieser Einsicht durchgerungen. Das bloße Broten- und Korpernutzen wurde, bis es im Kriege in der fürchterlichsten Form wieder neu erkant, bis zu einem gewissen Grade von einer höheren Form, Geldmacht auszunutzen und auszuweisen, verdrängt. Man hatte begonnen, Kunst zu sammeln und sich damit einen Ruf zu machen. Der Klang des Familiennamens wurde dadurch gesteigert. Die handliche Freude am bloßen Besitz wich der differenzierteren, damit sich feinere Genüsse und gesellschaftlichen Wert zu erlangen. Preußisch die Niederbilden, die sich von dem bloßen Schein nicht täuschen ließen, wählten, daß hinter der mägnatischen Gebärde nur zu oft weniger edle Motive sich bergen. Für viele dieser Kunstsammler ist wieder die verfeinerte Sammeltätigkeit noch wertvollste Gewähr für die Kunst maßgebend gewesen. Sie sammelten Kunst, weil man damit eine gewisse Würdigung und vor allem Beziehungen zum Hof und Orden und Titel erlangen konnte.

Auch der eigene Geschmack war keineswegs entscheidend; bekannte Kunstsammler hatten bereitwillig, in der Hoffnung, für ihr Museum eines Tages das eine oder andere Bild geschenkt oder befreit zu bekommen. Oft sind sie enttäuscht worden. Und manchmal mögen sie es bereut haben, die Sammler dazu gut beraten zu haben. Sind doch im Kriege nur allzu viel Kunstwerke zu unerschwinglichen Preisen beschafft worden, zum Teil ins Ausland gewandert. Den losenden Preisen haben viele Sammlungen und Sammler nicht widerstehen können. Das Geld wurde wieder mächtiger als die Kunst und Kultivierung. Die höhere Form schlug wieder in die niedere um. Verführung während des Krieges die Wertsteigerung der Kunstwerke zum Verkauf, so jetzt nach dem Kriege die Angst vor Wertminderung und Wertverlust. Wieder flüchtet der Reichtum zu seiner primitiveren Form: zum Geldbesitz. Die Kunstsammler, die sich niemals von ihren Kunstschätzen trennen zu können erklärt hatten, werfen sie plötzlich auf den Markt. Die „Vatropien“, die früher aus dem Ausland Kunstwerke importierten, lassen ihre berühmtesten Nummern rubia ins Ausland verschwinden. Alle die feinsten und komplizierteren Beziehungen zwischen Geld- und Kunstbesitz verschwinden: in Sparmaßnahmen will man wieder Reelles in Händen haben. Zudem sind die früheren Motive der Kunstsammler wieder gewandert: man bekommt wieder Orden und Titel mehr dafür, muß schließlich noch besondere Steuern dafür zahlen. Die Toren vergessen nur, daß ein Membrand ein viel dauernder Wert ist als das Papier, das man jetzt dafür erhält. Aber man braucht keine Deduzentel und Taxen mehr: das Rechenutrum war nur Vorwand gewesen. Innerlich war man nicht reif dafür. Die untrennbaren Bande zwischen dieser individuellen Form des Besitzes und dem Reichthum sind jetzt. Zurück blieb der geldmäßige Geld- und Geschäftsmann, der auch die Allüren des Reichtums nicht mehr braucht. Die Kunstsammler haben in der prekapitalistischen Zeit eine

gewisse gesellschaftliche Funktion vollzogen. Jetzt, wo sie sich dieser entledigen, muß der Staat eingreifen. Er kann nicht dulden, daß der nationale Kunstbesitz um wertvollste Schätze vermindert wird, weil die Herren James Simon oder von der Hedeit es für ratsam finden, ihre Kunstschätze nach Holland zu verfrachten. Der Staat als organisierte Wille der Gesamtheit und Hüter des nationalen Erbes, hätte den privaten Kunstbesitz, der ins Ausland flüchtet oder sich sonst verkrümmelt, unter Aufsicht stellen, auf alle Fälle aber seine Kaufkraft und Verschleppung verhindern, nötigenfalls durch Beschlagnahme. Eine sozialistische Regierung, die diese Pflicht der Kulturbewahrung für und und spätere Geschlechter verabsäumt, würde eine ihrer wesentlichsten Aufgaben verabsäumen.

## Das Ende der Havelchwäne.

Gegenwärtig wird unter den Havelchwänen ein großes Werden angekündigt, so daß sie wohl ganz verschwinden werden. Damit würde eine besondere und einzigartige Schönheit der Mark Brandenburg vernichtet werden. Es hat schon manche kritischen Zeiten für diese edlen Tiere gegeben. Während der Franzosenzeit waren sie als bequemes Jagdobjekt zu Hunderten getötet worden; später wurden die großhavelischen Elterntiere ihrer Vermehrung gefährlich, und erst strenge Strafen konnten diesen Ausrottungsversuchen steuern. In jüngerer Zeit hat man, um ihrer allzu großen Vermehrung vorzubeugen, Wildschwänen-Jagden abgehalten. In seinen Wanderungen durch die Mark Brandenburg hat Theodor Fontane den Havelchwänen ein eigenes Kapitel gewidmet und ein Loblied auf die Schönheit der sozialen Schwäne gesungen, die „wie mächtige weiße Vögel über die blaue Fläche im Fliegen“. Er erzählt uns, daß die 2000 Schwäne in Schwäne der Ober- und Unterhavel zerfallen; das Gebiet der einen reicht von Tegel bis Potsdam, das der anderen von Potsdam bis Brandenburg. Die Schwäne stehen unter strenger Kontrolle, sie werden im Sommer eingefangen, um den Jungschwänen durch Wegscheidung eines Hälftelstübes zu können und den Altvögeln zu rufen, um seine flüchtigen Tanten zu gewinnen. Ein malschick reizendes Bild bieten die Fütterungen. „In der Havelchwäne tragen die Schwäne ein sehr Erhebliches bei“, sagt Fontane. „Sie geben dem Strom auf seiner breiten Fläche eine königliche Pracht, und eine schönere Einfassung aller dieser Schiffe und Reihungen ist kaum denkbar.“ Und er schließt mit den Worten: „Noch ist die Havel mit ihren 2000 Schwänen unerreicht.“ Es wäre schade, wenn dieses romantische Bild nun wirklich für immer verschwinden sollte.

## Die „Gelegenheitsschule“.

Die Vereinigten Staaten sind dasjenige Land der Welt, in dem man in allen Erfindungen und Schulfragen die kühnsten Experimente unternimmt. Unter diesen Versuchen hebt als ein besonders eigenartiges Unternehmen der Engländer Dr. Bran in seinem soeben erschienenen Buch „Amerika in der Schule und bei der Arbeit“ die Gelegenheitsschule in Denver hervor. Diese Anstalt gewährt eine

Bildungszucht allen Arten von Männern, Frauen und Kindern, die keine andere Gelegenheit zum Schulbesuch haben. Sie legt bei der Zulassung ihrer Schüler keinen Wert auf Alter, Vorbildung, regelmäßigen Schulbesuch. Junge Lehrlinge in Geschäften, Frauen, die in irgendwelchen Betrieben sich ihr Brot verdienen, Cowboys, Ausländer, Waise, kurz alle, die von ihrer Tagesarbeit eine kurze Zeit sich abdingen können, kommen hierher, um etwas zu lernen und dadurch ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Die Schule stellt sich die Aufgabe, alle erzieherischen Mängel zu beseitigen die Mangelhaftigkeit der Eltern, Mangel an Gelegenheit oder irgendwelche anderen widrigen Umstände im Leben der Bürger hervorgerufen haben, mögen diese nun jung oder alt sein. Es ist eine große Heilanstalt für alle in der Bildung Verkrüppelten oder Zurückgebliebenen, und man kann hier den selbständigen Erscheinungen begegnen. Da findet man z. B. einen Ausländer, der sich in der amerikanischen Bürgerkunde unterrichtet hat, einen Waisen, der Schreibmaschine schreiben lernt, einen alten Landwirt, der Geometrie studiert usw.“

## Notizen.

— **Russl.** Die Sinfoniekonzerte der ehemaligen kaiserlichen Kapelle unter Leitung des Generalmusikdirektors Dr. Richard Strauß finden am 4. und 21. März, 4., 10. und 29. April im Opernhaus statt.

— **Theater.** Das Deutsche Opernhaus hat „Cavalleria rusticana“ neu in den Spielplan aufgenommen. Eröffnung am 20. Februar. — Bogumil Peters nachgelassenes Singpiel „Die Heilmethode“ (Text von Ad. Knoss nach einer Idee von Gerbanich) wird am 22. Februar auf der Bühne des Angebots-Klubs (Hauptplatz 9) zum ersten Male aufgeführt.

— **Vorlesung.** Streinberg im Kochhof gelundene „Friedensnovelle“ wird Alfred Adel Sonnabend, den 16. Februar, 8 Uhr im Kindwirth-Schaubensaal vortragen.

— **Der geteilte Wagner.** Durch die Folgeverträge über die beschränkte Spieldauer der Vorstellungen sind die großen Wagner'schen Kunstwerke so gut wie unerschaffbar. Die Direktion der Oper bietet daher am Sonntag, 23. Februar, eine Aufführung der „Meistersinger“ in Gestalt einer Nachmittags- und Abendvorstellung: Nachmittags von 3 Uhr ab der 1. und 2. Akt, dann nach einer Pause um 7 Uhr der 3. Akt. Kartenverkauf mit Aufsicht vom 16. Februar an.

— **Das nächste Dänemerk.** Den norwegischen und schwedischen Völkern, die den Alkoholmißbrauch einschränken, folgt jetzt auch Dänemark nach. Ein von der Regierung eingesetzter „Küsterndeliktansicht“ schlägt vor, daß die Schankverordnungen nur auf fünf Jahre erteilt wird, und daß die Gemeindebehörden das Recht erhalten, einer unter Gemeindevorstand stehenden Gesellschaft das Schankrecht innerhalb der Gemeinde zu erteilen. Der Ausschank alkoholhaltiger Getränke soll mit Ausnahme von Bier in Automaten verboten sein. Von 5—8 Uhr morgens dürfen Spirituosen nicht verschänkt werden. Weiter wird das Verbot des Ausschanks von Spirituosen auf allen Arbeitsplätzen, in allen Kasernen vorgeschlagen.

**Friedensliebe überwinden.** (Weisfall.) Ein solcher Beweis wird zunächst in unserer entschlossenen Abkehr von jeder Rüstungspolitik liegen.

Es wäre ein Verstummen, zu glauben, daß bei der Konzentrierung der Kräfte auf die friedliche Arbeit im Innern die äußere Politik zu kurz käme, denn eine Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar eine bequeme, aber nicht eine sichere und unerschütterliche Politik. (Sehr richtig! links.) Von mir jedenfalls werden die nur eine solche Forderung der Reichsgeschichte erwarten dürfen, die nicht alle Augenblicke aus Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen. Die äußere Abrüstung allein genügt aber nicht, es muß die geistige Abrüstung mit ihr Hand in Hand gehen. Alle Differenzen zwischen den Völkern, die zwischen uns und einem andern Volk aufstehen, müssen wir in verständlichem Geiste behandeln, und wenn sie diplomatisch nicht zu schlichten sind, dem Urteil eines Schiedsgerichts unterbreiten, auch auf die Gefahr hin, daß uns einmal unrecht geschehen könnte. Ferner ergibt sich die Notwendigkeit gemeinsamer Verwaltungsbehörden und einer Art Bundesparlament. Schließlich bedarf der Völkerbund gewisser Zwangsmittel. Aber in einem Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekt der Greifhände sein würden, werden wir nicht eintreten können. (Sehr richtig!) — Die russische Sowjet-Republik hat der Entente erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einzulassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Rußlands ohne fremde Einmischung regelt. Was Deutschland anlangt, sehe ich kein Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verhandlung mit Rußland anzustreben.

Der Völkerbund würde aber ein Torso bleiben, wenn nicht auch diejenigen Völker zugezogen würden, denen es möglich gewesen ist, sich vom Krieg militärisch fernzuhalten. Es wird nicht angedenken, Bundesbeiträge endgültig festzusetzen, ohne daß die neutralen Staaten gehört werden. (Sehr richtig!) Die freiführenden Nationen werden sie um so weniger ausschließen wollen, als sie den Neutralen vielfach zu großem Danke verpflichtet sind für Leistungen und Opfer, die diese zugunsten Angehöriger der Kriegsparteien auf sich nahmen. Ich benutze die Gelegenheit, den Teil der Donkschuld, der auf Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volkes freimütig anzuerkennen. (Weisfall.)

Meine Damen und Herren! Die Regierung, in deren Namen ich auswärtige Politik treiben soll, steht

#### unter der Führung der deutschen Arbeiterschaft,

aber es ist eine Regierung vereinigter sozialer und bürgerlicher Demokratie. An dem denkwürdigen Tage, der dem Deutschen Reich das erste selbstgewählte Oberhaupt gab, wurde darauf hingewiesen, daß die Vertreter des demokratischen Deutschland sich gegenüber dem Ausland jetzt erst mit vollem Recht im Namen des deutschen Volkes sprechen können. Das bedeutet für mich, solange ich mich vom Vertrauen der deutschen Volksvertretung getragen weiß, eine mächtige Hilfe, die meine Vorgänger entbehren mußten. Das Vertrauen, das ich von Ihnen erbitte, wird nicht beeinträchtigt werden durch den Namen, den ich von meinen Vorfahren übernommen habe. Ich hoffe, ihnen zu beweisen, daß man zugleich Graf und überzeugter Demokrat sein kann. (Sehr gut!)

Wenn ich Ihre Zeit so lange für Fragen auswärtiger Politik in Anspruch genommen habe, so leide ich das Recht dazu aus dem Umstand her, daß diese Nationalversammlung auch die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen muß, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Die Verfassung, die Sie dem neuen Reich geben, wird der feste Grund sein, auf dem die deutschen Vertreter ihre Verhandlungen mit den Feinden führen werden. Der Geist, der Ihre Debatten leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigtes anerkennen oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen würden, lieber die äußersten Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. (Weisfall.) Gewiß, wir haben nach innen und außen manches anzumachen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Unmut, hochschallende Worte zu führen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Aber wir haben auch unschätzbare wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen und deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbstständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind beliegt, aber nicht entehrt. (Wraol!) Der größte Dichter deutscher Freiheit sagt: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre. (Weisfall rechts.) Die Freundschaft mag manchmal von und dergangen sein, aber der Wille, der unerschütterliche Wille bleibt bestehen. (Weisfall rechts.) In einem Teil ist des deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben, ich gelobe, daß ich sie bewahren will. (Lebhafte Weisfall und Handklatschen.)

#### Herr Reich (Soz.):

Herr Gröber meinte, die politischen Freiheiten, die man der Revolution zuschreiben würde, wären auch so gekommen. Das ist falsch; es ist ebenso falsch wie die weitere Behauptung, die Revolution habe das Recht gesetzt und aufgelöst. Die Revolution war nicht die Ursache, sondern die Folge der Zersetzung des Heeres, die sich schon während des Krieges vollzogen hat. (Sehr richtig!) Herr Gröber meint auch, durch die Revolution sei der Friedensschluß verzögert worden. Auch das ist falsch. Oder weiß Herr Gröber nicht, wie die Entente es abgelehnt, sich überhaupt in Friedensverhandlungen mit den Hohenzollern einzulassen? Es bedurfte der Revolution, um den Thronverzicht des Kaisers zu erzwingen und damit das größte Friedenshindernis aus dem Wege zu räumen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist überhaupt möglich, darüber zu streiten, ob die Revolution notwendig war oder nicht, die kurzfristige Kanzlerschaft des Prinzen Max war ja schon nicht weiter als das erste Stadium der Revolution. Die Revolution ist noch nicht abgeschlossen, hoffentlich aber

#### die Periode der gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzungen.

Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, mit den Parteien, die sich aufrichtig auf den Boden der demokratischen Republik stellen, gemeinsam zu arbeiten. Mit Entschlossenheit lehnen wir die Kampfmethoden ab, die in den letzten Wochen zu blutigen Straßenkämpfen geführt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter- und Soldatenräte haben viel Gutes gewirkt und auch vielen Vertretern des alten Systems das Leben gerettet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch die frühere Koalition und manche von ihren Bestrebungen unter dem Schutz der Soldatenräte gescheitert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Vaudert: (Unser Großherzog!) Aus der Antikastellfabrik Arnstadt u. Genossen ist auch ein Antrag wegen der nach dem 9. November 1918 unredlich entwendeten nationalen Güter gekommen. Sind solche Entwendungen nicht auch vor diesem Termin vorgekommen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Fraktion befragt die Abtreibung der politischen Gewalt des Zentralrats der U. S. S. Räte an die Deutsche Nationalversammlung denn zwei konkurrierende Zentralgewalten sind im Deutschen Reich nicht möglich. (Weisfall.) Darum ist auch der Antrag für unannehmbar, der den U. S. S. Räten ein Vetorecht gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung einräumt. Im Volksheere werden die Vertrauensmänner der Soldaten den ihnen gebührenden Platz finden, aber politische Entscheidungen dürfen nicht in die Hand der Soldatenräte gelegt werden. Nachdem Deutschland in ein Kriemenhaus vermandelt ist können wir noch weniger daran denken. Viel wichtiger als die Proze der Produktionsweise ist heute die Frage der Produktion selbst. (Sehr richtig!) Die Wiederbelebung der Produktion bildet die Vorbedingung für jede Sozialisierung. Wo die Sozialisierung hat einer Hebung eine Schädigung der Produktion bedingungslos würde, darf sie nicht eintreten. Wir haben auch kein Interesse daran, große Wirtschaftskrisen jetzt zu sozialisieren, damit die Feinde es recht bequem haben, ihre Hand darauf zu legen.

(Sehr richtig!) Immerhin ist das Wort von der sozialistischen Republik dennoch nicht eine überschwängliche Phantasie. Ein anderer Geist wird von nun an das deutsche Staatswesen beherrschen, als in der Vergangenheit geherrscht hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Zentrum erkennt heute sozialistische Programmpunkte an, die es noch vor wenigen Monaten weit von sich gewiesen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber nicht nur das Zentrum, alle bürgerlichen Parteien haben dem Sozialismus Zueignung machen müssen. Aber auch wir haben in manchen Punkten nachgegeben. Hätten wir allein zu entscheiden gehabt, so hätte das Regierungsprogramm anders ausgesehen. Jetzt geht der Kampf um die weitergehenden Forderungen weiter. Vor allen gilt das für die Steuerpolitik. Der Reichstag ist im Kriege viel zu sehr geschnitten worden. Eine kräftige Besteuerung der hohen Einkommen und Vermögen muß erfolgen, wo jetzt Riesengewinne noch nicht im Wege der Sozialisierung der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden können. Leider sind Maßnahmen, eine Verflüchtigung dieser Kapitalien zu verhindern,

#### an dem Widerspruch der „unabhängigen“ Finanzminister Saldens und Banets

ge scheitert. (Hörl! hörl!) Hunderte von Millionen sind dem Reich damit verloren gegangen.

Der Siegerübermut der Feinde droht uns mit Herabsetzung. Dagegen können wir uns auf. Wir haben stets gegen das belgische Unrecht angeknüpft und haben auch den Verser Gewaltfrieden abgelehnt. Aber erst recht lehnen wir fremde Gewalt ab. Was deutsch ist, soll deutsch bleiben im Osten und Westen. (Weisfall.) Im Namen der Menschlichkeit erheben wir Einspruch gegen die Fortdauer der Hungerkatastrophe und fordern die Auslieferung unserer Kriegsgefangenen. Wir sind stets gute Internationalisten gewesen. Das hindert uns nicht, auch gute Deutsche zu sein. Daher wehren wir uns gegen alle Schmach und fordern volle Verantwortlichkeit. Wir haben die Freiheit im Innern erzungen und lassen uns von Fremden nicht inebeln. (Weisfall.)

#### Herr Graf v. Posadowski-Wehner (Deutschnatl.):

Man spricht hier immer von dem erledigten domatischen oder Obriqkeitstaat, man spricht auch von dem Zusammenbruch einer Gewalt Herrschaft. In Wirklichkeit bestand in Deutschland das freie Wahlrecht der Welt. (Zuruf: Preußen!) Man spricht auch von einer Junkerherrschaft. Der jetzige Reichspräsident Ober hat mit das Verzichtswort, um das ich ihn in einer der letzten Sitzungen des Reichstages hat, immer noch nicht darüber gelesen. (Lebhaft!) Das „freie Wahl dem Tüchtigen“ ist nur ein Schlagwort. Gewiß hat es im alten Staat in einzelnen Fällen ein gewisses Konzeptionswesen gegeben, aber das ist eine menschliche Schwäche. Wenn wir den Krieg verloren haben, so sind wir nicht militärisch besiegt worden, sondern technisch, finanziell und wirtschaftlich, nicht zum wenigsten durch die Erschließung unseres Volkes infolge der Unterernährung. Wenn jetzt die Lebensmittellieferung nur noch für kurze Zeit reichen, so ist die Revolution zum großen Teil daran schuld. (Lebhaft Widerspruch links.) Der Redner verliert zur Frage der Monarchie eine Erklärung seiner Freunde, in der es heißt: Den gewalttätigen Umsturz haben wir immer verurteilt, und wir sind noch wie vor der Ueberzeugung, daß die Monarchie für Deutschland die beste Staatsform ist. (Lebhafte Weisfall rechts.)

#### Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen.

Es ist eine Interpellation Heinge (D. Sp.) eingegangen, welche die unverzügliche Vorlegung einer Denkschrift über die von unseren Unterhändlern in der Waffenstillstandskommission getroffenen Abmachungen u. a. bezüglich der Auslieferung der deutschen Handelsflotte ohne Verlegung von Sachverständigen verlangt.

Schluß nach 7 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend, 2 Uhr. (Interpellation Heinge, Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der ersten und zweiten Beratung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1918.)

## Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen.

Gestern nachmittag 3 Uhr wurden in Trier durch den Marschall Foch die Verhandlungen zur abermaligen Verlängerung des Waffenstillstandes eröffnet. Nach einem kurzen Hinweis auf die Entwicklung seit der letzten Zusammenkunft erteilte Foch dem Minister Erzberger das Wort. Der Bericht über dessen Ausführungen lag bei Schluß des Vlaties noch nicht vor. Gestern abend in später Stunde tauchte in Berlin das Gerücht auf, daß die Waffenstillstandsverhandlungen abgebrochen worden seien.

General Maurice, der gegenwärtig als Vertreter der „Daily News“ in Paris weilt, teilt seinem Blatte mit, daß sich die Verlängerung des Waffenstillstandes vermutlich auf einen Zeitraum von 14 Tagen erstrecken soll. Die Militärs werden darauf bringen, daß Deutschland in diesem Zeitraum unbedingt die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Die neuen, vom Obersten Kriegsrat aufgestellten Bedingungen sollen Deutschland Anfang März befristet werden. Die Lebensmittel- und Rohmaterialienversorgung soll davon abhängen, ob diese Bedingungen strikte eingehalten werden. Die Assoziierten werden keine Diskussion der Bedingungen zulassen, es sei denn, daß sie lediglich die technischen Details betrifft. General Maurice berichtet am Schluß des Telegramms: Ich habe allen Grund anzunehmen, daß die Assoziierten im Augenblick keine Befehung neuer deutschen Gebiete erwogen. Es ist zu hoffen, daß diese Entscheidung der Unruhe in der französischen Presse ein Ende machen wird.

## Das Statut des „Völkerbundes“.

### Entmutigende Aussichten.

Am 14. Februar, Holländisch Neuwärbureau meldet aus Paris: Es wurde nunmehr festgestellt, daß der Völkerbund folgendermaßen eingerichtet wird: Es wird ein Vollzugsrat ernannt, der aus Vertretern der fünf Großmächte und aus zwei Vertretern der anderen Länder besteht. Dieser Vollzugsrat soll wenigstens einmal jährlich zusammentreten und eine Sitzung entweder an dem Ort, an dem der Völkerbund selbst seinen Sitz hat, oder aber an einem anderen Ort abhalten. Es wird ferner ein händiges Sekretariat ernannt, das an dem Ort, an dem sich der Völkerbund befindet, arbeitet, während der Bund selbst und die Vertreter, sowie die Diplomaten das Recht der Exterritorialität genießen werden. Die Aufgaben des Bundessekretariats werden von sämtlichen Bundesmitgliedern getragen, und zwar nach bestimmten Sätzen, wie diese auch für den Postausgleich bestehen. Die bisher festgelegten Pläne sind selbstredend nicht endgültig und werden es auch nicht sein. Bis die Plenarsitzung sie gutgeheßen hat. Es ist außerdem möglich, daß in der Kommission noch weitere Vorschläge eingebracht werden. Die Mitglieder des Bundes haben nur das Recht, in der Bundesversammlung zu sprechen, wenn sie tatsächlich gegen Deutschland gekämpft haben. Nur diese Staaten werden sofort als Mitglieder angenommen. Andere Staaten können nur als Mitglieder dem Bunde beitreten, wenn zwei Drittel der im Bund vertretenen Mächte ihren Beitritt geneh-

migen. Aber kein Staat darf als Mitglied zugelassen werden, es sei denn, daß seine militärischen und maritimen Streitkräfte sowie seine Bewaffnung den Vorschriften des Bundes entsprechen. Der Völkerbund kann einem Staat mit zwei Drittel Mehrheit gewisse Bedingungen auferlegen, deren Erfüllung er vor Eintritt in den Bund für notwendig erachtet.

Zur Schiedsgerichtsfrage wird noch gemeldet, daß die vertragsschließenden Parteien darin übereinstimmen, daß ein Konflikt, der auf diplomatischem Wege nicht gelöst werden kann, auf keinen Fall mit den Waffen ausgetragen ist, ehe die Frage nicht dem Vollzugsrat zur Entscheidung vorgelegen hat. Weiter müssen sich sämtliche Mitglieder verpflichten, unter keinen Umständen die Waffen gegen ein anderes Mitglied des Bundes aufzunehmen. Dem Vollzugsrat liegt die Zubereitung von Plänen für das internationale Schiedsgericht ob, und dieses wird seinerseits dann sämtliche rechtlichen Fragen der Bundesmitglieder zu entscheiden haben.

## Wie war's doch?

Auch in der gestrigen Tagung der Groß-Berliner Soldatenräte ist wiederum davon die Rede gewesen, daß die Revolutionäre von den U. S. Räten eingeleitet worden sei. Das ist falsch. Die Regierung Ober-Doole bildete sich am 9./10. November im Reichstag durch Verhandlungen und Verordnungen der Reichsstaatsminister der U. S. R. unter Mitwirkung bekannter, dem Reichstag nicht angehörender Mitglieder beider Parteien, wie z. B. Dr. Weisbrodt, Dr. A. Pieblich, Emil Barth u. a. m. Als am Sonntag, den 10. November, die Groß-Berliner U. S. S. S. Delegierten im Julius-Ruh-Zusammentreten, stand wohl auch als letzter Punkt die Bestätigung der Regierung auf der Tagesordnung. Bekanntlich verteilte die Versammlung sehr bewegt und beinahe wie von dem Vorstehenden Richard Müller persönlich vor Erledigung des letzten Punktes geschlossen worden. Er sagte lächelnd: „Halt, da hätten wir beinahe was vergessen wir müssen ja noch die Regierung bestätigen“. Und das geschah dann ohne Aeden und ohne formale Abstimmung, während sich die Versammlung bereits auflöste.

## Ermittlungsverfahren gegen Admiral Jasper.

Gegen den Admiral Jasper, der von dem Matrosenrat beschuldigt wird, zwei Matrosen vorsätzlich getötet zu haben, indem er widerrechtlich ein Todesurteil vollstreckte, ist, wie die U. S. R. melden, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

## Entlassung des Jahrgangs 1898.

Es ist angedeutet worden, daß nunmehr auch der Jahrgang 1898, und zwar bis Ende Februar 1919, entlassen wird, soweit Eiderheits-, Kranken- und Arbeitsdienst, Gefangenenbewachung und Grenzschutz, sowie Durchsicherung und Abweidung der Demobilisierungsgeschäfte es zulassen. — Der Jahrgang 1899 kann verläufig noch nicht entlassen werden.

## Zur Aufklärung über die Daimler-Entschädigungen.

Wie die U. S. R. an zuständiger Stelle erfahren, ist die Behauptung der „Freiheit“, daß der Daimler Motoren A.-G. von Reich wegen einer Entschädigung in Höhe von rund 60 Mill. M. für rückgängig gemachte Kriegsaufträge gezahlt worden sei, in dieser Form nicht zutreffend. Die Tatsache der Entschädigungszahlung an sich ist richtig. Es handelt sich aber dabei um eine Entschädigung nicht für rückgängig gemachte, sondern für fertig gestellte Staatsaufträge, die infolge Kriegsschlusses nicht mehr zur Abnahme kamen. Hier liegt also ein für die betroffene Firma wirklich positiv erlittener Schaden vor, juristisch gesprochen ein „Damnum emergens“, und die Verordnungen des Reichsdemobilisierungsamtes vom November und Dezember anerkennen für diesen Fall ausdrücklich eine Entschädigungspflicht, nicht aber für „eingegangenen Gewinn“ (Lucrum cessans). Derartige Entschädigungen werden voraussichtlich an die Industrie noch im großen Maßstabe bezahlt werden müssen. Es dürfte demnach kaum zu zweifeln sein, daß die an die Daimlerwerke bezahlte Entschädigung auf Grund der positiven Gesetzgebung zu Recht erfolgt ist.

## Gegen den Schleichhandel.

### Abbau der Lebensmittelpreise.

Die Arbeitervertreter der AEG-Fabriken in der Brunnenstraße senden an folgende Zellen:

Die Kopf- und Gondarbeiter der AEG, Brunnenstraße richten in letzter Stunde folgenden Appell an die Reichsregierung:

Durch die jahrelange Unterernährung der arbeitenden milderbemittelten Massen haben wir bei Beginn des Frühjahres vor einer Katastrophe, welche in eine Krankheitsepidemie ausarten wird, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat. Diese wird nicht bei den Hermosten der Armen Halt machen, sondern auf alle Bevölkerungsschichten übergreifen. Am meisten mangelt es dem Volke an Fett. Wenn man nun in Petrograd sieht, daß um die Weihnachtzeit mehrere Millionen schlachtreifer Schweine geschlachtet wurden, die Bevölkerung der Großstadt aber schon seit nunmehr 1 1/2 Jahren kein Schweinefleisch mehr erhalten hat, so kann man sich den Eindruck nicht erwehren, daß die Verteilung eine ungerechte ist. Da alle Vertreter der Sozialdemokratie ähnliche Anträge schon an die alte Regierung gestellt haben, hoffen wir von der jetzigen Regierung, daß sie sich unseren gerechten Forderungen nicht verschließen wird. Der große Spielraum, welcher auf dem Lande den Hauschlachtungen gelassen wird, ermöglicht dort einen schwinnghaften Schleichhandel mit Fleisch und Fett.

Aus diesem Grunde fordern wir:

1. Eine gründliche Erfassung aller Landesprodukte.
2. Die sofortige teilweise Beschlagnahme des Fleisches, hauptsächlich der Fette auf dem Lande, welche von Hauschlachtungen oder Geheimchlachtungen herrühren.
3. den sofortigen Abbau der unmenflichen hohen Lebensmittelpreise.

Die Angestellten und Arbeiter der AEG sind überzeugt, daß, wenn diese Forderungen restlos durchgeführt werden, sofort eine Erhöhung aller Lebensmittelrationen eintreten kann.

Zu glauben zu schienen... Anlässlich der immer dringender beschworenen Verläumdungsbefreiungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien hat, wie uns aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, ein Führer der U. S. R., dessen Namen wir mit Rücksicht auf seine persönliche Sicherheit verheimlichen müssen, der aber eins der „Anzugsprozentigen“ Regierungsmitglieder war, einen klaffenden Ausbruch getan. Er sagte: „Wir (die Führer der U. S. R.) können uns nicht mit der Mehrheitspartei vereinigen, sonst werden wir sofort von unseren Leuten an den nächsten Laternenpfählen aufgefknüpft.“

So mag es kommen! Erst mocht man die Arbeiter wild und heftig in sinnloser Wut gegen die „Schiedsmänner“, und dann hat man den schänen Erfolg, nicht mehr zurückzuführen, weil man die eigenen „Anhänger“ fürchten muß.



Flugblattverbreitung in Berlin morgen Sonntag früh 8 Uhr.

Alle Genossen und Genossinnen sind im eigensten Interesse zu dieser wichtigen Wahlarbeit eingeladen.

Keiner darf fehlen, um nicht die Verbreitung in den Abteilungen in Frage zu stellen.

Treffpunkt der Flugblattverteiler.

(Abteilung - Name - Lokal):

- 1. Regal, Bischoff, 12, Ede Neuer Markt. - 2. Schirm, Charlottenstr. 7/8. - 3. Schultheiß, Lützowstr. 27. - 4. Schneider, Winterfeldstr. 8. - 5. Neufner, Fagelbergstr. 20a. - 6. Schuldt, Mariendorfer Str. 5. - 7. Fortmann, Blücherstr. 61. - 8. Kober, Dieffenbachstr. 36. - 9. Gelsche, Oranienstr. 183. - 10. Daus, Lauffer Str. 46. - 11. Weidler, Staliger Str. 59. - 12. Weiser, Brangelstr. 22. - 13. Gonsel, Prinzenstr. 88. - 14. Simon, Michaelstr. 19. - 15. Al. Gewerkschaftshaus, Elisabethstr. 11. - 16. Schuder, Rübendorfer Str. 3. - 17. Wilhelm, Sobenshofstr. 3. - 18. Schmiedewitz, Gubener Str. 45. - 19. Pistor, Schreinerstr. 7. - 20. Schulz, Frankfurter Allee 331. - 21. Weber, Ebertstr. 45 und Sonnabend, Elbinger Str. 12. - 22. Bauer, Große Frankfurter Str. 1. - 23. Gott, Bardelebenstr. 1, Ede Anieprobstr. - 24. Jucht, Immanuelstr. 13. - 25. Rod, Neue Könighr. 24. - 26. Drescher, Rüdigerstr. 5, Ede Linienstr. - 27. Dobrowlaw, Swinemünder Str. 11. - 28. Guthmann, Marienburger Str. 1. - 29. Burg, Franzlauer Allee 189. - 30. Grünau, Stahlhelferstr. 30. - 31. Goldschmidt, Stolpische Str. 36. - 32. Korn, Kleinstr. 10. - 33. Hoffmann, Swinemünder Str. 47. - 34. Goldbach, Finetaplag 7. - 35. Balthé, Adersstr. 82. - 36. Oehse, Bodenstr. 19 und Bäckerstr. 8. - 37. Kühner, Wildnacker Str. 34. - 38. Krosch, Werfstr. 4 und Leibig, Schiffbauerdamm 23. - 39. Kleinert, Levetowstr. 21. - 40. Dange, Dielestr. 45. - 41. Behrend, Strömstr. 26. - 42. Voigt, Sprengelstr. 17. - 43. Meyer, Panfstr. 82. - 44. Gahmann, Stettiner Str. 48. - 45. Fose, Kolontestr. 15. - 46. Fuchs, Weddingstr. 5. - 47. Senkel, Urechterstr. 16. - 48. Polzin, Müllerstr. 131.

- 81. Weiner, Karl; 82. Fendel, Robert; 83. Schmalbach, Robert; 84. Remnis, Max; 85. Schumis, Werner; 86. Matthes, Ferdinand; 87. Dietrich, Paul; 88. Schröder, Walter; 89. Lafsch, Adolf; 90. Thans, Erich; 91. Drange, Ernst; 92. Wastke, Heinrich; 93. Wende, Gustav; 94. Betsch, Julius; 95. Schreier, Josef; 96. Herrmann, Ernst; 97. Häbde, Gustav; 98. Graupner, Max; 99. Jafob, Georg; 100. Fisch, Bruno; 101. Raack, Paul; 102. Wegner, Max; 103. Hirschfeld, Maria; 104. Berger, Martin; 105. Fuch, Gustav; 106. Klumowski, Richard; 107. Sidert, Alfred; 108. Lemke, Paul; 109. Rant, Wilhelm; 110. Niemer, Paul; 111. Regefski; 112. Müller, Paul; 113. Nagel, Paul; 114. Gahmann, Otto; 115. Gerlach, Paul; 116. Dietel, Artur; 117. Hecht, Max; 118. Raak, Max; 119. Voigt, Alfred; 120. Swirner, Georg; 121. Götze, Theophili; 122. Hünlein, Wilhelm; 123. Philipp, Margarete; 124. Dell, Georg; 125. Jafob, Bruno; 126. Heinrich, Fritz; 127. Friedrich, Hermann; 128. Ehlers, Hans; 129. Korn, Otto; 130. Raack, Martha; 131. Friedemann, Willi; 132. Strehlow, August; 133. Försch, Paul; 134. Schmidt, Kurt; 135. Gamin, Franz; 136. Nagel, Fritz.

Gen. Dr. Halperz hat auf seine von zwei Abteilungen aufgestellte Kandidatur verzichtet.

Versammlung der städtischen Beamten und Angestellten heute nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Festhalle des Stadthauses. Stadtschreiber Herrmann spricht über: „Die Stadtverordnetenwahlen und die Beamten“.

Post- und Telegraphenbeamte!

Morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Traktoren, Chausseest. 110, große Versammlung aller Post- und Telegraphenbeamten. Der Stadtschreiber Emil Dittmer (Beigeordneter im Reichspostamt) spricht über die Postbeamten und die Gemeindevahl.

Kommunaler Kollektivvertrag.

Im Berliner Rathaus haben die Verhandlungen der Groß-Berliner Gemeinden mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und den übrigen beteiligten Arbeiterorganisationen über den Abschluss eines Kollektivvertrages ihren Anfang genommen.

Protestversammlung der Polizeiwachtmeister.

Etwa 600 Polizeiwachtmeister Groß-Berlins protestierten Freitag abends in der Aula des Sophien-Gymnasiums dagegen, daß die Vertretung der Reviervorsteher wieder durch die Polizeioffiziere des Nachbarsbezirks ausgeübt werden solle, nachdem die Wachtmeister während der ganzen Dauer des Krieges zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten und des Publikums die Reviergeschäfte selbständig erledigt hätten. Man protestierte weiter dagegen, daß die Wachtmeister nicht mehr - wie bisher - ihre Meinungen, Ermittlungen und Berichte selbst unterzeichnen, sondern ihre geistigen Arbeiten von dem Reviervorsteher unterzeichnen lassen sollen. Die Wachtmeister sehen darin eine Herabwürdigung ihres ganzen Standes und klagen auch insbesondere bitter darüber, daß der Beamtenausdruck fast gar keine Beachtung bei dem Kommando der Schutzmannschaft findet. In Neu-Berlin widelt sich der Revierbetrieb auch ohne Offiziere glatt ab, und bei der Kriminalpolizei erledigten Kommissare und Wachtmeister friedlich nebeneinander den gleichen Dienst. Alle Schuld wurde auf den Kommandeur der Schutzmannschaft gewälzt, dessen Maßnahmen seinen Danks von der Freiheit der neuen Zeit verbüßen ließen. In einer Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, wird fundiert, daß die Polizei-Überwachungsstelle jederzeit bereit sind, in freierwilliger Eiferleistung auf ihrem Posten auszuharren. Sie fordern aber, als vollwertige Mitglieder der Behörde angesehen zu werden. Es muß daher zum Wohle der Allgemeinheit mit den alten Überlieferungen gebrochen werden, durch die die Überwachungsstellen die Dienstfreudigkeit genommen und ihnen die Bewertung ihrer Arbeiten verweigert wird. Auch in der Schutzmannschaft muß ein Neubau auf demokratischer Grundlage erfolgen.

Eine fünfköpfige Räuberbande.

Der viele Plünderungen mit Waffengewalt zur Last fallen, wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Ihr Anführer war ein Vizeleutnant Haffon v. Tessa. Er war kurze Zeit Mitglied der Republikanischen Soldatenwehr, perlich die Wehe heimlich, beschlief aber seine Ausweispapiere und den Waffenschein. So besah er nach wie vor den Schein, der ihn berechtigt hatte, Durchsuchungen vorzunehmen. Mit Papieren und Waffen ausgerüstet, fand der ehemalige Feldwebel bald Komplizen, Verjüngte Räuberbanden sind

der Bande schon nachgewiesen. Höchstwahrscheinlich hat sie auch eine Villa im Westen ausgeplündert. Die Bande setzte sich zusammen aus Soldaten und Zivilisten. Einer dieser Zivilisten hinkt. Das gibt vielleicht einen Anhalt zu weiterer Aufklärung. Tessa trug Feldweckuniform mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse. Alle diejenigen, die Opfer dieser Bande geworden sein könnten, werden ersucht, sich unverzüglich im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden.

Arbeiter! Parteigenossen! Auf zum Kampf! Doch nicht mit Handgranaten und Feuerwaffen. Zum friedlichen Kampfe rufen wir Euch auf. Mit den Waffen des Geistes soll Ihr um die Palme des Sieges ringen. Es gilt die durch den Krieg demoralisierte, in jedem Menschen mehr oder weniger vorhandene Spießbüchse wieder in vernünftige Bahnen zu lenken. Das Schach, eine innige Vereinigung von Kunst, Wissenschaft, Sport und Spiel, ist für den Arbeiter die schönste, wehrlose, geistreiche und billigste Unterhaltung, da das Schach in Arbeiterkreisen ohne Geldbeitrag gespielt wird. Der Berliner Arbeiter-Schachklub ist das Sammelbecken aller Groß-Berliner Arbeiter-Schachspieler und solcher, die es erlernen möchten. Die Mitgliedschaft ist abhängig von der Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Partei oder einer heilungsgesellschaftlichen Organisation. Wir machen auf das gestrige Ansehen des Berliner Arbeiter-Schachklubs aufmerksam.

Zentralkommission der Krankenkassen. Der für Montag abend im Bürgerpalast im Rathaus in Aussicht genommene Sonntag kann umständehalber nicht stattfinden.

Im Casino-Theater wurde am Freitag zum ersten Male das neue Berliner Volkstheater „Bater Knolle“ unter großem Beifall des dichtgefüllten Saales aufgeführt. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr „Die weiße Dame“.

Im Soldatenheim Potsdamer Str. 1a. Sonntag, den 16. Febr., abends 7 Uhr, Vortrag von Maria Polger: „Erosch Arden“, Melodrama von Kennen, Musik von Richard Strauß. Am Freitag Kapellmeister Hürigen. Jubiläumsvorstellung hat ebenfalls freien Zutritt.

Der Rat ehemaliger Schutzmannschaftsfängerer berankelst morgen, Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr, im Kaiserhof Altesgold eine große öffentliche Versammlung. Es werden sprechen: Schriftlicher Weber-Robine, Justizrat Dr. Weiskauer, Oberst a. D. Gachte, Schriftsteller Hedmed Jell Bey und Schlichter Penzliche Krenzl. Eintrittskarten zum Vortrag in den durch Plakate und Inserate kenntlich gemachten Stellen.

Die juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, den 15. Februar, aus.

Der Wahlkampf in den Vororten.

Ueber eine der schlimmsten Vorarbeiten des Wahlkampfes, die Kandidatenauffstellung, sind unsere bürgerlichen Gegner so ziemlich hinweg. Zwar hoch und brodelnd es noch an einigen Ecken, aber im groben und ganzen hat man doch die schwierige Sache hinter sich. Und schwierig war sie diesmal. Jedes Kind weiß, daß ein großer Teil der bisherigen Kommunalgremien, die niemals Politik für das Allgemeinwohl, sondern nur im eigenen oder dem ihrer Standesgenossen getrieben haben, nicht mehr in das Stadtparlament zurückkehren wird, da sie infolge des verheerenden Wahlergebnisses freilicheren Naturen und der Arbeiterschaft Platz machen müssen. Ihre Sorge war daher berechtigt. Aber auch in den eigenen Parteien tauchte der Wunsch auf, mit dem bisherigen Parteilernen, den sie nun doch alle gewechselt haben, auch neue Leute in die Parlamente einzubringen zu lassen. Man muß doch den Eindruck vermeiden, als wenn man wirklich nur den Namen gewechselt hat und die bisherige Parteipolitik in den Kommunen war doch so anständig geworden, daß immer mehr der eigenen Anhänger mit ihr unzufrieden waren. Deshalb war es diesmal wirklich ein schwieriges Stück Arbeit, sie wieder unter einen Hut zu bringen. Soweit es sich bisher übersehen läßt, ist diese Arbeit allerdings auch nur in den wenigsten Orten gelungen. Deutschnationale, Christliche und Deutsche Volkspartei haben sich vielfach über eine gemeinsame Liste verständigt, aber sie haben dabei in erster Linie wieder ihre alten Kandidaten berücksichtigt und andere Interessengruppen dadurch ausgeschlossen. Das hat wieder diese Veranlassung - vor allem sind es die Handelstreibenden -, eigene Kandidaten für die wirtschaftlichen Berufe aufzustellen. Das ist in Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf der Fall gewesen.

Die Demokraten haben es meistens abgelehnt, mit den gang Reaktionen gemeinsame Listen aufzustellen; die Gesellschaft war denn doch eine bisherige zu genante. Teilweise hat man zwar dies versucht, wie in Köpenick; aber nachdem es dort dem Bürgerausdruck nicht möglich war, eine gemeinsame Liste zusammenzubringen, blieb auch den Demokraten weiter nichts übrig, als eine eigene Liste aufzustellen.

Unsere Parteigenossen haben die Kandidatenauffstellung fast überall beendet; für sie beginnt jetzt die eigentliche Versammlungsoption. Deshalb ist es notwendig, daß auch unsere Leser

Groß-Berlin

Zur Gemeindevahl ist jeder Deutsche über 21 Jahre, Männer und Frauen, wahlberechtigt.

Die sozialdemokratische Vorschlagsliste zur Stadtverordnetenwahl.

- 1. Heilmann, Hugo; 2. Bruns, Bernhard; 3. Ritter, Adolf; 4. Goype, Martha; 5. Gwohd, Ferdinand; 6. Pfannkuch, Wilhelm; 7. Dittmer, Emil; 8. Heckmann, Richard, 9. Dr. Heinemann, Hugo; 10. Hül, Dr. Wigobinski; 11. Koblenger, Karl; 12. Kühner, Oskar; 13. Pfeiffer, Wilhelm; 14. Glode, Theodor; 15. Bräuner, Eugen; 16. Wäntner, Fritz; 17. Fröhlich, Alexander; 18. Mehlé, Heinrich; 19. Meuer, Julius; 20. Kuske, Anna; 21. Mann, Wilhelm; 22. Litfin, Paul; 23. Jucht, Leonhard; 24. Barckowki, Emil; 25. Voehsch, Hugo; 26. Samolowski, Georg; 27. Niedrig, Elisabeth; 28. Herrmann, Rudolf; 29. Dr. Witte, Erich; 30. Pfeischel, Karl; 31. Rathmann, Hermann; 32. Schuldt, Artur; 33. Priest, Wilhelm; 34. Dr. Kollwitz, Karl; 35. Klingler, Karl; 36. Mars, Karl; 37. Schröder, Martha; 38. Wille, Fritz; 39. Striemer, Alfred; 40. Wilgebänd, Alfred; 41. Pattloch, August; 42. Schmitz, Helene; 43. Frank, Otto; 44. Kanfer, Michael; 45. Schlienz, Friedrich; 46. Vrost, Fritz; 47. Osterbeder, Max; 48. Hirschfeld, Dorothea; 49. Dr. Loew, Siegfried; 50. Klein, Paul; 51. Reut, Paul; 52. Böhm, Paul; 53. Kerfin, Emil; 54. Kühne, Willi; 55. Schünemann, Georg; 56. Feldmann, Georg; 57. Dr. Stolz, Arz; 58. Nürnberg, Richard; 59. Kiey, Hermann; 60. Schröder, Heinrich; 61. Alosch, Marie; 62. Bauer, Karl; 63. Buchmann, Georg; 64. Dr. Königsberger, Jella; 65. Wollstein, Adolph; 66. Stiefow, Volkmar; 67. Drems, Franz; 68. Lorenz, Hermann; 69. Köhler, Ida; 70. Trosler, Paul; 71. Böhm, August; 72. Fischer, Georg; 73. Behrend, Lina; 74. Niebauer, Georg; 75. Grumbach, Martha; 76. Wödel, Max; 77. Siegler, W.; 78. Kublitz, Fritz; 79. Meyer, Wilhelm; 80. Johannsen, Oswald;

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexé.

Zu Hause war es kalt, und Maren legte die Kleine ins Bett. Dann machte sie sich daran, Brennholz zusammenzuscharren, und setzte Wasser für Kaffee auf. Währenddessen schwante sie in einem fort leise mit sich selbst. „Teufel und Ungeheuer, ja gewiß - aber wer ist schuld an dem Ganzen? Man muß nach den Unschuldigen schlagen, wenn man die Schuldigen sprechen will.“

„Was hast du gesagt, Großmutter?“ fragte Stine sie vom Alkoben her.

„Ach - ich sagte bloß, daß ich denke, dein Vater wird jetzt, nach diesem da, bald den Weg zu uns finden.“

Im Dunkeln kam ein Wagen herangejagt und hielt draußen. Der Sandhofbauer kam hereingestürzt. Aber etwas Gutes brachte er nicht für sie mit; er hatte einen roten Kopf vor Wut und Schimpfe, noch bevor er bei ihnen drin war. Maren's Kopf war gegen die Kälte gehörig eingewickelt, so konnte sie sich den Anschein geben, als habe sie nichts gehört. „Schau, schau, ein seltner Besuch,“ sagte sie und lud ihn lächelnd ein, näherzutreten.

„Glaub' man ja nicht, daß ich komme, um viel Wesens mit dir zu machen, du abscheuliches Weib!“ schalt Anders Olsen los mit seiner dünnen, etwas schwarrenden Stimme. „Nein, sondern ich komme, um dich zu holen, das tu' ich, und zwar stehenden Fußes. Darum ist es das Beste, du kommst mit!“ Er packte sie am Arm.

Maren streifte seine Hand rasch von sich ab. „Was fehlt dir?“ fragte sie und starrte ihn verwundert an.

„Was mir fehlt? - und das fragst du, garstiges Gespenst! Bist du etwa gestern nachmittags nicht auf dem Hof gewesen - und hast das Kind mit hingeschleppt? Obwohl ihr gekauft und bezahlt dafür seid, daß ihr euch vom Gebiet des Sandhofs fernhalten sollt. Böses Blut hast du gemacht, du Luder, und meine Frau hast du verheiratet, so daß sie ohnmächtig geworden ist und in den Wehen liegt. Aber ich werd' dich vors Gericht schleifen und dich verbrennen lassen, du alter Satan!“ Schäumend schüttelte er die geballten Fäuste vor ihrem Gesicht.

„Also du lässest auch Leute verbrennen?“ sagte Maren spottend. „Dann solltest du wirklich gleich feuern und ein

bischen gut auch für dich selber einheizen. Denn soviel ich leben kann, hast du mehr übernommen, als deine Hüfte aushalten kann.“

„Was willst du damit sagen?“ fauchte der Sandhofbauer und gebärdete sich, als könnte es ihm jeden Augenblick einfallen, Maren zu ergreifen und auf den Wagen hinauszuschleppen. „Sind das vielleicht Lügen, daß du auf dem Hof warst und meine Frau verheiratet hast?“ Er ging drohend um sie herum, rührte sie aber nicht an. „Was hast du mit meiner Hüfte zu schaffen?“ Er schrie laut, in seinen Augen lag die Angst. „Willst du mich beheren, was?“

„Nichts hab' ich mit deiner Hüfte zu schaffen und mit dir auch nicht. Aber ein jeder kann sehen, daß der Rücken des Geizhalses verheert werden wird, wenn Rabe und Krähe damit dabonsliegen. Spore du deine Kräfte für deine junge Frau auf - du könntest dich leicht verheben an einer alten Hexe wie mir. Und wohin sollte sie dann ihre Zuflucht nehmen?“

Anders Olsen war in der ehrlichen Absicht gekommen, die alte Hexe hinten auf den Wagen zu werfen und sie mit nach Hause zu nehmen - im guten oder bösen -, damit sie sofort ihre Rauberkünste wieder gutmachen könnte. Und nun sah er auf der Feuerungsfliste und drehte die Würge zwischen den Händen - ein, recht jämmerlicher Anblick. Maren hatte ihn richtig beurteilt; er war kein Mann, dazu schwachte er zuviel. Die Sandhofbauern waren aus übelm Holze, klein, winddür und gierig. Der hier war schon lahmfüßig, die Rodenlehnen traten scharf hervor, und der Mund war wie ein straff gerungelter Geldbeutel. Bei ihm Frau zu sein, war sicher nicht gut, der Geizhals war schon in ihm erwacht! So er nicht bereits da und froh um die Hüften - und hatte den Säred wegen seiner Frau über dem eigenen vergessen.

Maren stellte eine Tasse Kaffee auf den Küchentisch vor ihn hin, dann setzte sie sich auf die Bodenleiter, ihren Kopf zwischen den Fingern. „Trink du nur,“ sagte sie, als er zögerte - „b' er im Hause ist niemand, der dir und den Deinen Verdruß bereiten will.“

„Du bist doch bei mir zu Hause gewesen und hast Unglück angestiftet,“ murmelte er, indem er widerstrebend nach der Tasse langte; es sah aus, als getraute er sich weder den Kaffee zu trinken, noch ihn stehen zu lassen.

„Auf dem Hof sind wir beide gewesen, das ist richtig. Das Unwetter hat uns hineingetrieben, aus freien Stücken

wären wir nicht gekommen.“ Maren sprach ruhig und nachsichtig. „Und was deine junge Frau betrifft, so ist ihr gewiß unwohl geworden, weil sie es nicht ertragen konnte zu hören, mit was für einem sie verheiratet ist. Eine sanfte, gute Frau hast du bekommen - zu gut für dich. Sie mußte wahrhaftig nicht, was sie uns Gutes antun sollte, während du nur darauf sinnst, uns verbrennen zu lassen. So ja, da hat man's denn auch mal warm genug gehabt! Denn hier ist es kalt, und man hat niemand, der einem eine Fuhr' Lorf ins Haus bringt.“

„Soll ich vielleicht für Lorf für dich sorgen?“ zeterte der Sandhofbauer; sein Mund zog sich ganz zusammen.

„Das Kind ist doch dein; und es leidet Frost und Hunger, wenn man unterwegs ist.“

„Es ist ein für allemal für sie bezahlt.“

„Ja gewiß, so herum ist's eine einfache Sache! Aber laß du nur deinen eignen Sprößling verdammen. Das wird dann wohl das einzige Kind sein, das der liebe Gott dir anvertraut, muß man hoffen.“

Der Sandhofbauer schrak zusammen, als erwachte er zum Bewußtsein. „Du erlösest meine Frau wieder von dem Jauder!“ schrie er und schlug mit der Hand auf den Tisch.

„Ich habe nichts mit deiner Frau zu schaffen. Aber sieh nun zu, ob der liebe Gott dir Kinder anvertraut. Ich glaube es nicht.“

„Du sollst den lieben Gott aus dem Spiel lassen - und meine Frau erlösen!“ flüsterte er heiser und ging der Alten zuleibe. „Sonst erwürge ich dich, du Hexe, die du bist.“ Seine magern, frummsgebildeten Finger krallten sich in die Luft, er war grau im Gesicht.

„Nimm du dich selber ein bißchen in acht, dein einziger Sprößling liegt drinnen im Bett und kann dich hören.“ Maren stieß die Tür zur Stube auf. „Hörst du's, Stine? Dein Vater will mich erwürgen.“

Anders Olsen wandte sich von ihr ab und ging auf die Tür zu. Einen Augenblick stand er und blickte mit der Klinke, als wühlte er nicht, was er tat; dann kam er zurück und sank wieder auf die Feuerungsfliste nieder. Er sah da und starrte auf den Lehnhoden hinunter, spuckte aus und geriet den Speichel mit dem Stiefel. Sonderbar alt sah er aus und hatte doch alles für sich getan von klein auf; es war ein Sprichwort, daß die Sandhofbauern zahnlos geboren würden. (Fortf. folgt.)





